

**Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 27.01.2022**

Zu TOP: 9.7

Zero Waste City

**Einreicher: Ute Bartel, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI,
Fraktion DIE LINKE**

Vorlage: AN 0007/2022

Frau Bartel erläutert den vorliegenden Prüfantrag. Es soll geprüft werden, welche Teile des bereits in Kiel praktizierten Projekts in Stralsund umgesetzt werden können. Sie sieht zudem Möglichkeiten des Zusammenwirkens mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen.

Herr Adomeit stellt klar, dass er den Antrag ablehnen wird. Mülltrennung ist aus seiner Sicht Aufgabe jedes Einzelnen.

Herr Bauschke erklärt für die Fraktion CDU/FDP die Zustimmung für den Prüfantrag. Er hätte es begrüßt, wenn in den vorausgehenden Ausführungen auch hervorgehoben worden wäre, welche Maßnahmen in der Hansestadt Stralsund bereits umgesetzt werden.

Herr Dr. Zabel ergänzt, dass es durchaus auch Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit des Konzeptes gibt. Grundsätzlich kann aber eine Prüfung erfolgen. Er hält es für nicht ausgeschlossen, dass die Partnerstadt Kiel in der Betrachtung der Thematik noch etwas von der Hansestadt Stralsund lernen kann.

Herr Haack bestätigt die Aussage von Herrn Bauschke, dass in der Hansestadt Stralsund bereits viele Prozesse in Gang gesetzt wurden. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird den vorliegenden Antrag ablehnen. Die für die Prüfung erforderliche Zeit könnte durch die Verwaltung besser genutzt werden, so z.B. um bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen oder neue Ideen für die Hansestadt Stralsund zu entwickeln.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0007/2022 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Weise das Projekt „Zero Waste City Kiel“ ganz oder in Teilen übernommen und in Stralsund umgesetzt werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung soll in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgelegt und erläutert werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2022-VII-01-0787

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 09.02.2022